2100-0245

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
LAbg. Mag. Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 15. September 2025

SELBSTÄNDIGER ANTRAG

der Landtagsabgeordneten KO Ing. Norbert Hofer, Michaela Brandlhofer, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „umfassende Weiterentwicklung der Pflege im Burgenland“

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom ….. betreffend „umfassende Weiterentwicklung der Pflege im Burgenland“

Die Sicherstellung einer flächendeckenden, qualitativ hochwertigen und leistbaren Pflegeversorgung zählt zu den zentralen Zukunftsaufgaben des Burgenlandes. Österreichweit werden bis 2030 rund 76.000 neue Pflegekräfte benötigt. Besonders betroffen sind der Bereich der Langzeitpflege und die mobilen Dienste. Gleichzeitig steigt der Anteil älterer Menschen auch im Burgenland weiter an. Eine Stärkung von Ausbildung, Karrierewegen und Entbürokratisierung ist daher unerlässlich.

In der Vergangenheit wurden durch die Einführung der Pflegelehre, die modulare Ausbildung von der Pflegeassistenz zur Pflegefachassistenz, ein Anstellungsmodell und die Ausbildungsförderungen richtige Schritte gesetzt.

Nun zeigt sich, dass die bestehenden Strukturen dringend an die steigenden Anforderungen angepasst werden müssen. Insbesondere die Ausbildungsvergütung reicht für viele Berufseinsteigerinnen und Wiedereinsteiger nicht aus, um eine Ausbildung existenzsichernd zu gestalten. Ein Modell, das sich an der Besoldung von Polizeischülern orientiert, würde hier für deutlich mehr Attraktivität und Planungssicherheit sorgen, vor allem für Quereinsteiger mit familiären Verpflichtungen.

Auch beim Karriereweg braucht es dringend Verbesserungen. Während das modulare System innerhalb der Pflegeassistenzstufen erfolgreich ist, wird der direkte Aufstieg zur diplomierten Pflegekraft durch das verpflichtende Studium verhindert. Diese starre Hürde bremst Talente und muss bundesgesetzlich gelockert werden, um praxisnahe und durchlässige Karrierewege sicherzustellen. Denn ausgerechnet im diplomierten Bereich gilt es, in den kommenden Jahren die größten Personallücken zu decken.

Die Pflegelehre muss zudem viel stärker in der Öffentlichkeit positioniert werden: durch Informationskampagnen, schulische Projekte, Gemeindeinitiativen und Role-Models, die den Beruf sichtbar machen. Besondere Bedeutung hat der wohnortnahe Ausbau von Ausbildungsplätzen, auch unter Nutzung bestehender Pflegestützpunkte, um regionale Unterschiede auszugleichen. Darüber hinaus gilt es, Pflegekräfte durch spürbaren Bürokratieabbau im Landeskompetenzbereich zu entlasten.

Als Koordinierungs- und Qualitätssicherungsstelle soll die Akademie für Gesundheits- und Sozialberufe Burgenland GmbH gestärkt werden. Eine jährliche Berichterstattung an den Landtag stellt sicher, dass Erfolge sichtbar und notwendige Anpassungen rechtzeitig möglich werden.

Das Burgenland hat damit die Chance, in den kommenden Jahren eine Vorreiterrolle in der Pflege einzunehmen: durch existenzsichernde Ausbildungsmodelle, echte Karriereperspektiven, wohnortnahe Ausbildungsangebote, spürbare Entlastung in der Praxis und eine professionelle Koordination.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Pflegeausbildung im Burgenland intelligent und umfassend auszubauen und folgende Maßnahmen umzusetzen:

- Einführung einer landesfinanzierten Ausbildungsvergütung in Anlehnung an die Vergütung von Polizeischülern in der Höhe von **2.380 € brutto/Monat im ersten Jahr** und **2380 € brutto/Monat im zweiten Jahr**; anzurechnen ist der bundesgesetzliche Pflegeausbildungszuschuss (derzeit 600 €/Monat). Im Rahmen der **Praxiseinheiten** ist ein Betrag von **3.115 € brutto/Monat** auszubezahlen**.**
- Umsetzung einer breit angelegten Informations- und Imagekampagne zur Pflegelehre, in Kooperation mit Schulen, Gemeinden und Betrieben.
- Schaffung zusätzlicher wohnortnaher Ausbildungsplätze, auch durch Nutzung bestehender Pflegestützpunkte.
- Maßnahmen zum Bürokratieabbau und zur Reduktion von Verwaltungsaufwand im Pflegebereich.
- Stärkung der Rolle der Akademie für Gesundheits- und Sozialberufe Burgenland GmbH als zentrale Koordinierungsstelle.
- Jährliche Berichterstattung an den Landtag über Fortschritte bei Ausbildung, Personalentwicklung und Versorgungssicherheit.

Die Landesregierung wird weiters aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und sich im Sinne der Antragsbegründung auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuleitet, welche die nachstehenden Aspekte vorsieht:

- Einführung einheitlicher Ausbildungsstandards und Anerkennung von Qualifikationen,
- Wiederermöglichung des Aufstiegs von der Pflegefachassistenz zur diplomierten Pflegekraft ohne verpflichtendes Vollstudium,
- Einführung einer verantwortungs- und leistungsgerechten Bezahlung für Pflegekräfte,
- verbindliche Maßnahmen zum Bürokratieabbau,
- existenzsichernde Ausbildungsvergütungen für Berufseinsteiger und Quereinsteiger.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Rechtsausschuss und Sozialausschuss zuzuweisen.